Leitfaden zur Selbsthilfeförderung

Grundsätze des GKV-Spitzenverbandes zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20h SGB V vom 10. März 2000 in der Fassung vom 27. August 2020

In Zusammenarbeit mit den Verbänden der Krankenkassen auf Bundesebene sowie unter beratender Beteiligung der Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen
An der Erstellung des Leitfadens waren beteiligt:

Verbände der Krankenkassen auf Bundesebene

AOK-Bundesverband, Berlin
BKK Dachverband e. V., Berlin
IKK e. V., Berlin
Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), Kassel
Knappschaft, Bochum
Verband der Ersatzkassen e. V., Berlin

sowie in beratender Funktion die Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen

Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e. V. (BAG SELBSTHILFE), Düsseldorf
Der PARITÄTISCHE – Gesamtverband e. V., Berlin
Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG), Gießen
Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS), Hamm

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.
Leitfaden zur Selbsthilfeförderung

Inhalt

I Prämhel ................................................................. 6
II Gesetzliche Grundlage ................................................ 8
III Begriffsbestimmungen (Empfänger) ............................... 9
IV Beteiligung der Vertretungen der Selbsthilfe .............................. 10

IV.1 Beratungsfunktion und Gremienbesetzung .................... 10
IV.2 Anforderungen ...................................................... 10
IV.3 Einbezug weiteren Sachverstands .................................. 11

Teil A: Kassenartenübergreifende Pauschalförderung

A.1 Vergabe der Fördermittel ........................................... 12
A.1.1 Höhe, Aufbringung und Verteilung der Fördermittel ............. 12
A.1.2 Transparenz über die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel 12
A.1.3 Transparenz über die verausgabten Fördermittel ................. 13
A.1.4 Nicht verausgabte Fördermittel eines Förderjahres ............... 13
A.2 Gegenstand der Förderung/Förderzwecke ......................... 13
A.2.1 Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene .......... 14
A.2.2 Selbsthilfegruppen ............................................... 14
A.2.3 Selbsthilfekontaktstellen ....................................... 14
A.3 Art der Förderung ................................................. 15
A.4 Finanzierungsart ..................................................... 15
A.5 Fördervoraussetzungen .............................................. 16
A.5.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen ............................. 16
A.5.2 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfeorganisationen auf 16
Bundes- und Landesebene .................................................. 16
A.5.3 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfegruppen ......... 17
A.5.4 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfekontaktstellen .... 18
A.6 Ausschluss der Förderung .......................................... 19
A.7 Verhältnis zur Selbsthilfeförderung nach dem SGB XI ....... 20
A.8 Antragsverfahren für die kassenartenübergreifende Pauschalförderung 20
A.8.1 Antragstellung .................................................... 20
A.8.1.1 Antragsverfahren auf Bundesebene ....................... 21
A.8.1.2 Antragsverfahren auf Landes- und Ortsebene ............... 21
A.8.1.3 Anträge mit bundeslandübergreifender Ausrichtung .......... 21
A.8.2 Förderfähige Ausgaben ........................................... 21
A.8.3 Antragsbearbeitung und Mittelvergabe .................................. 22
A.8.3.1 Bemessung der Förderhöhe von Selbsthilfeorganisationen auf 22
Bundes- und Landesebene .................................................. 22
A.8.3.2 Bemessung der Förderhöhe für Selbsthilfegruppen ............. 23
A.8.3.3 Bemessung der Förderhöhe für Selbsthilfekontaktstellen ....... 23
A.8.4 Nachweis der Mittelverwendung .................................. 23
A.8.5 Erstattung (Rückforderung) der Fördermittel ...................... 24
A.9 Allgemeine und besondere Nebenbestimmungen ............... 24
Teil B: Krankenkassenindividuelle Projektförderung

B.1 Vergabe der Fördermittel .......................................................... 25
  B.1.1 Höhe, Aufbringung und Verteilung der Fördermittel ................. 25
  B.1.2 Transparenz über die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel ................. 25
  B.1.3 Transparenz über die verausgabten Krankenkassenindividuellen Projektfördermittel. 25
  B.1.4 Nicht verausgabte Fördermittel eines Förderjahres .......................... 25
B.2 Gegenstand der Förderung/Förderzwecke ...................................... 25
  B.2.1 Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene ................. 26
  B.2.2 Selbsthilfegruppen .................................................................. 26
  B.2.3 Selbsthilfekontaktstellen ......................................................... 26
    Landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstellen .......................... 27
  B.2.4 Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen .......................... 27
B.3 Art der Förderung .......................................................................... 27
B.4 Finanzierungsart ........................................................................... 27
B.5 Fördervoraussetzungen ................................................................. 28
  B.5.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen ............................................. 28
  B.5.2 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfeorganisationen auf
    Bundes- und Landesebene ............................................................. 29
  B.5.3 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfegruppen .................. 30
  B.5.4 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfekontaktstellen ............ 31
    Landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstellen ......................... 31
  B.5.5 Besondere Fördervoraussetzungen für Dachorganisationen von
    Selbsthilfeorganisationen .............................................................. 31
B.6 Ausschluss der Förderung ............................................................. 32
B.7 Verhältnis zur Selbsthilfeförderung nach dem SGB XI ...................... 32
B.8 Antragsverfahren für die Krankenkassenindividuelle Projektförderung ....... 33
  B.8.1 Antragstellung .......................................................................... 33
  B.8.2 Förderfähige Ausgaben .............................................................. 34
  B.8.3 Antragsbearbeitung und Mittelvergabe ........................................... 34
  B.8.4 Nachweis der Mittelverwendung .................................................. 35
  B.8.5 Erstattung (Rückforderung) der Fördermittel .................................. 35
B.9 Allgemeine und besondere Nebenbestimmungen .................................. 36

Inkrafttreten ...................................................................................... 37

Anlagen
Anlage 1: Gesetzestext § 20h SGB V und § 17 SVHV ................................. 38
Anlage 2: Krankheitsverzeichnis ............................................................. 40
Anlage 3: Musteranlage ....................................................................... 41
Anlage 4: Muster-Belegliste ................................................................. 44
Anlage 5: Glossar ................................................................................. 45
Anlage 6: Weiterführende Informationen ................................................. 50
Die gesetzlichen Krankenkassen und ihre Verbände unterstützen und fördern seit vielen Jahren Strukturen und Aktivitäten der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe\(^1\) durch immaterielle, infrastrukturelle und finanzielle Hilfen. Die Förderung von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen auf der gesetzlichen Grundlage des § 20h Sozialgesetzbuch V (SGB V) trägt dem hohen gesundheitspolitischen Stellenwert der Selbsthilfe Rechnung. Denen Angebote können in vielfältiger und wirksamer Art und Weise professionelle Ansätze der Gesundheitsversorgung ergänzen. Durch ihre präventive und rehabilitative Ausrichtung stärken sie die Ressourcen chronisch kranker und behinderter Menschen sowie die ihrer Angehörigen.\(^3\)


Ein wichtiges Anliegen der Förderung ist es, Selbsthilfe und -aktivitäten zu unterstützen, die für Betroffene leicht zugänglich sind und die sich durch eine neutrale und unabhängige Ausrichtung auszeichnen. Der Qualität und der Transparenz der durch das Selbsthilfeprinzip geprägten Angebote kommt eine hohe Bedeu-


Die Fördermittel der GKV werden in zwei Förderstränge aufgeteilt:

1. **Kassenartenübergreifende Pauschalförderung**

2. **Krankenkassenindividuelle Projektförderung**

Die den Teilen A und B vorangestellten Ausführungen (Präambel, Gesetzestext und Beteiligung der Selbsthilfe) gelten für beide Teile.


4 Die Fördergrundsätze in ihrer jeweils geltenden Fassung sind veröffentlicht unter: www.gkv-spitzenverband.de.

5 Die Beratung erfolgt im Beirat Leitfaden Selbsthilfeförderung beim GKV-Spitzenverband.
Die Selbsthilfeförderung ist eine gesetzliche Aufgabe der Krankenkassen und ihrer Verbände gemäß § 20h SGB V (Anlage 1) und erfolgt auf der Grundlage der vom GKV-Spitzenverband herausgegebenen Fördergrundsätze unter Berücksichtigung der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV), insbesondere § 17 SVHV⁶, und der Vorschriften zum Verwaltungsverfahrensrecht des SGB X.

Mit der Förderung werden Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen unterstützt, die die gesundheitliche Prävention und Rehabilitation von Versicherten zum Ziel haben (§ 20h Abs. 1 Satz 1 SGB V). Gesundheitliche Prävention wird dabei nur im Sinne von Sekundär- und Tertiärprävention verstanden. Förderfähig sind auch Selbsthilfekontaktstellen, die in ihrer gesundheitsbezogenen Arbeit themen-, bereichs- und indikationsgruppenübergreifend tätig sind.

Gefördert wird ausschließlich die gesundheitsbezogene Selbsthilfe (dies sind Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen), die einen engen Bezug zu medizinischen Erfordernissen hat. Die gesundheitsbezogene Selbsthilfe muss sich auf Krankheiten beziehen, die im Verzeichnis der Krankheitsbilder aufgeführt sind. Das in § 20h Abs. 1 Satz 2 SGB V geforderte Verzeichnis der Krankheitsbilder, bei denen eine Förderung zulässig ist, wurde von den Spitzenverbänden der Krankenkassen unter Beteiligung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen 1996 erarbeitet.⁷


Ein Rechtsanspruch von Antragstellenden auf die Gewährung von Fördermitteln besteht nicht. Die für die Förderung zuständigen Krankenkassen und ihre Verbände entscheiden aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der jährlich verfügbaren Fördermittel.

---

⁶ Siehe Anlage 1.
⁷ Alle Ausführungen in diesem Leitfaden zur Förderfähigkeit von Selbsthilfestructuren oder -aktivitäten beziehen sich auf das Krankheitsverzeichnis.
III Begriffsbestimmungen (Empfänger)

Im Rahmen dieser Fördergrundsätze werden die Begriffe des § 20h SGB V Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen folgendermaßen definiert:

**Selbsthilfegruppen**

**Selbsthilfeorganisationen**
Unter Selbsthilfeorganisationen werden gesundheitsbezogene Zusammenschlüsse von Selbsthilfegruppen auf Landes- oder Bundesebene verstanden, die auf bestimmte Krankheiten oder Krankheitsfolgen ausgerichtet sind und die im Vergleich zu Selbsthilfegruppen meist größere Mitgliederzahlen aufweisen.

**Selbsthilfekontaktstellen**
Selbsthilfekontaktstellen arbeiten als örtlich, landesweit oder bundesweit ausgerichtete professionelle Beratungseinrichtungen. Sie arbeiten mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Unterstützung der Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen.

Neben den vorgenannten Empfängern von Fördermitteln haben sich in der Förderpraxis indikationsgruppenübergreifende Zusammenschlüsse entwickelt, die ein breites Spektrum chronischer Erkrankungen und Behinderungen abdecken („Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“).
IV Beteiligung der Vertretungen der Selbsthilfe

Die gesetzliche Grundlage zur Förderung der Selbsthilfe (§ 20h SGB V) sieht eine Beteiligung der Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen vor. Als maßgebliche Spitzenorganisationen auf Bundesebene gelten:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e. V. (BAG SELBSTHILFE), Düsseldorf
- Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V., Berlin
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe-gruppen e. V., Berlin
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V., Hamm

IV.1 Beratungsfunktion und Gremienbesetzung

Die Mitberatungsfunktion der Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen bezieht sich im Rahmen des § 20h SGB V auf folgende Inhalte:


3. Für die regionale Ebene ist ein analoges Verfahren ausdrücklich vorgesehen. Spezifische Strukturen und Besonderheiten können dabei berücksichtigt werden.

4. Das Nähere zur Ausgestaltung der Beteiligung ist in Geschäftsordnungen auf den jeweiligen Förderebenen zu regeln.

IV.2 Anforderungen

Die Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen sind Organisationen, die

- gemäß ihrem Mitgliederkreis dazu berufen sind, die Interessen der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe zu vertreten,
- nach ihrer Satzung die Belange der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe fördern,
- die gewachsenen Strukturen und die Vielfalt von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen angemessen vertreten,
- in ihrer inneren Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen,
- Kontinuität in der Selbsthilfearbeit von mindestens drei Jahren aufweisen,
- gemeinnützige Zwecke verfolgen,
- durch Offenlegung ihrer Finanzierung nachweisen, dass sie neutral und unabhängig arbeiten,
- die Gewähr für eine sachgerechte Aufgabenverfüllung bieten – dabei sind Art und Umfang der bisherigen Tätigkeit, der Mitgliederkreis und die Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen –,
- über ausreichend Bedeutung und Reputation verfügen.
IV.3 Einbezug weiteren Sachverstands

Die zur Mitberatung vorgesehenen Gremien können zur Unterstützung ihrer Arbeit und bei konkreten Beratungsanliegen weitere Selbsthilfeorganisationen bzw. Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfe einbeziehen, die die oben genannten Anforderungen erfüllen.
Teil A: Kassenartenübergreifende Pauschalförderung

A.1 Vergabe der Fördermittel

A.1.1 Höhe, Aufbringung und Verteilung der Fördermittel

Für die kassenartenübergreifende Pauschalforderung werden jährlich mindestens 70 % der insgesamt nach § 20h SGB V aufzubringenden Fördermittel zur Verfügung gestellt. Die übrigen maximal 30 % der Fördermittel verbleiben bei den einzelnen Krankenkassen für ihre krankenkassenindividuelle Projektförderung. Für die Förderung der Landes- und örtlichen Ebene werden die Mittel entsprechend dem Wohnort der Versicherten (KM 6, Stichtag 1. Juli des Vorjahres) aufgebracht. Bei Fusionen von Krankenkassen und deren Verbänden stellt der Rechtsnachfolger die entsprechend (im Fusionsjahr) zu verausgabenden Fördermittel zur Verfügung.8

Für die Verteilung der Fördermittel aus der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung auf die jeweiligen Förderebenen sind folgende Empfehlungen maßgeblich:

• Für die Pauschalförderung der Bundesebene der Selbsthilfe stellen die Krankenkassen und ihre Verbände mindestens 20 % der Mittel der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung zur Verfügung (entspricht 14 % der Gesamtfördermittel für die Selbsthilfe).
• Für die Pauschalförderung der Landes- und örtlichen Ebene stehen die um die kassenartenübergreifende Pauschalförderung der Bundesebene reduzierten Mittel zur Verfügung (entspricht bis zu 80 % der Mittel aus der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung). Diese Mittel sind unter Berücksichtigung der landesspezifischen Selbsthilfestructuren auf die Landesorganisationen der Selbsthilfe, Selbsthilfekontaktstellen und örtlichen Selbsthilfegruppen aufzuteilen. Die Krankenkassen und ihre Verbände treffen eine gemeinsame und einheitliche Entscheidung über die jeweilige Förderhöhe und Mittelvergabe. Dabei soll sichergestellt werden, dass die örtlichen Selbsthilfegruppen hiervon mindestens 20 % erhalten.

Für die Förderung der Selbsthilfestructuren existieren keine einheitlichen Verteilungsquoten, da die Selbsthilfestructuren in den einzelnen Bundesländern sowohl quantitativ als auch qualitativ unterschiedlich entwickelt sind. Die Mittel werden daher flexibel und bedarfsgerecht aufgeteilt, sodass sie der Stärkung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen Rechnung tragen.

A.1.2 Transparenz über die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel

Die Krankenkassen und ihre Verbände verständigen über die über die jeweiligen Förderebenen zur Verfügung stehenden Fördermittel. Die Mittel setzen sich zusammen aus
• den gesetzlichen vorgesehenen Fördermitteln,
• Fördermitteln aus Erstattungen (Rückforderungen) (siehe A.8.5),
• nicht verausgabten Fördermitteln laut KJ 1 (siehe A.1.4).


Die GKV-Gemeinschaftsförderungen auf Landesebene (Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen oder andere von diesen mit dem Förderverfahren beauftragte Stellen) veröffentlichen auf geeignete Weise (z. B. im Internet oder in Rundschreiben) ebenfalls die Höhe der im Bundesland zur Verfügung stehenden pauschalen Fördermittel für das Förderjahr (aufgegliedert nach Kassenarten sowie örtlichen Selbsthilfegruppen, Landesorganisationen der Selbsthilfe und Selbsthilfekontaktstellen). Krankenkassen, die Mittel aus ihrer


9 Beauftragte Stellen können z. B. „runde Tische“ sein.
kassenkassenindividuellen Projektförderung für die kassenartenübergreifende Pauschalförderung zur Verfügung stellen wollen, sollten dies gegenüber den GKV-Gemeinschaftsförderungen spätestens bis zum 31. Dezember des Vorjahres anzeigen, damit diese die Mittel mit einplanen können.

A.1.3 Transparenz über die verausgabten Fördermittel

A.1.4 Nicht verausgabte Fördermittel eines Förderjahres

A.2 Gegenstand der Förderung/ Förderzwecke

Nicht vom Förderzweck umfasst sind Angebote, die zu den Leistungen der GKV nach anderen Rechtsgrundlagen gehören, z. B.:  
• Patientenschulungsmaßnahmen, Funktionstraining und Rehabilitationssport, Nachsorgeleistungen (§ 43 SGB V)  
• Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung (§ 46 SGB IX)  
• Soziotherapie (§ 37a SGB V)  
• Therapiegruppen (z. B. Psychotherapie, Ergotherapie) (§§ 27 ff. SGB V)  
• Primärpräventive Maßnahmen/Präventionskurse (§ 20 SGB V)  
• gesundheitsfördernde Maßnahmen in Lebenswelten (§ 20a SGB V) und Betrieben (§ 20b SGB V)  
• Leistungen zur Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen (§ 33a SGB V)

Im Rahmen der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung können die nachfolgenden Strukturen gefördert werden:

A.2.1 Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene
Gefördert werden können Selbsthilfeorganisationen,
• die als organisatorischer Zusammenschluss von Selbsthilfegruppen und/oder einzelnen Mitgliedern auf Bundes- und/oder Landesebene tätig sind und auf bestimmte Krankheiten oder Krankheitsfolgen entsprechend dem Krankheitsverzeichnis spezialisiert sind und
• deren wichtigste Arbeitsform der Austausch von Hilfe von Betroffenen/Angehörigen ist und
• die als Selbsthilfeorganisation den persönlichen Austausch und die gegenseitige Hilfe von Betroffenen/Angehörigen unterstützen und
• die den Austausch ihrer Mitglieder über analoge Angebote und/oder digitale Angebote und Anwendungen ermöglichen, und
• deren gesundheitsbezogene Selbsthilfeaktivitäten sich auf die Bewältigung chronischer Krankheiten und/oder Behinderungen ausrichten, von denen die Mitglieder selbst oder als Angehörige betroffen sind, und
• die Unterstützungsleistungen für ihre Mitglieder (insbesondere Beratung, Schulungen, Seminare, Konferenzen und Tagungen) erbringen und deren Angebote vernetzen, um damit den gegenseitigen Austausch der betroffenen Menschen und deren Kompetenzen zu fördern, und
• die als bundesweite oder landesweite Interessenvertretung handeln.

A.2.2 Selbsthilfegruppen
Gefördert werden können Selbsthilfegruppen,
• die für ihre Mitglieder und deren Angehörige gegenseitige Hilfe und Unterstützung anbieten, und
• einen Erfahrungsaustausch über analoge Angebote (z. B. Treffen vor Ort) und/oder digitale Angebote und Anwendungen ermöglichen und
• deren Selbsthilfearbeit und Interessenwahrnehmung durch die Betroffenen getragen wird (Selbsthilfeprinzip) und
• die sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, Krankheitsfolgen und/oder psychischen Problemen richten und mit dazu beitragen, die persönliche Lebensqualität zu verbessern (gemäß Krankheitsverzeichnis).

A.2.3 Selbsthilfekontaktstellen
Gefördert werden können Selbsthilfekontaktstellen,
• die themen-, bereichs- und indikationsgruppenübergreifend Unterstützungsangebote zur methodischen Anleitung, Unterstützung und Stabilisierung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen bereithalten und
• die für alle Krankheitsgruppen, die im Krankheitsverzeichnis aufgeführt sind, offen sind und
• die aktiv Bürgerinnen und Bürger unterstützen, Selbsthilfegruppen zu gründen oder ihnen Selbsthilfegruppen vermitteln, und
• die für Gruppen infrastrukturelle Hilfen z. B. in Form von Gruppenräumen zur Verfügung stellen und
• die ggf. digitale Anwendungen nutzen und anbieten und
• die kostenlos Beratung oder Praxisbegleitung anbieten und
• die Kooperation und Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen und professionellen Leistungserbringern fördern, Kontakte und Kooperationspartnerinnen bzw. Kooperationspartner vermitteln und Angebote in der Region vernetzen und
• die sich als Agenturen zur Stärkung der Motivation, Eigenverantwortung und gegenseitiger freiwilligen Hilfe verstehen und
• eine Wegweisefunktion im System der gesundheitsbezogenen und sozialen Unterstützungsangebote wahrnehmen.

Landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstellen
Gefördert werden kann pro Bundesland eine landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstelle. Neue landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstellen können gefördert werden, sofern es hierfür ein Votum der jeweiligen Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfekontaktstellen gibt. Gefördert werden kann eine landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstelle, die
Kassenartenübergreifende Pauschalförderung

• landesweit zur Selbsthilfe berät und Betroffene
  an Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfe-
  organisationen im Bundesland vermittelt und
• Selbsthilfekontaktstellen im Bundesland berät,
  unterstützt, vernetzt und weiterbildet und
• landesweite Informationen zur Selbsthilfe im
  Bundesland sammelt, aufbereitet und öffent-
  lich zugänglich macht und
• die ggf. digitale Anwendungen nutzen und
  anbieten und
• die Qualität der professionellen Selbsthilfe-
  unterstützungsbetreuung im Austausch mit den
  Landesarbeitsgemeinschaften der Selbsthilfe-
  kontaktstellen weiterentwickelt.

A.3 Art der Förderung

Die kassenartenübergreifende Förderung erfolgt
auf allen Förderbereichen als Pauschalförderung.
Mit der kassenartenübergreifenden Pauschal-
förderung fördern die Krankenkassen und ihre
Verbände neben anderen öffentlich-rechtlichen
Einrichtungen die Strukturen der Selbsthilfe ins-
stitutionell und leisten damit einen maßgeblichen
Beitrag zur Basisfinanzierung der gesundheitsbe-
zogenen Selbsthilfe.

A.4 Finanzierungsart

Die Finanzierungsart wird von den Krankenkassen
und ihren Verbänden als Fördermittelgeber fest-
gelegt:
1. Für die kassenartenübergreifende Pauschal-
  förderung ist eine Vollfinanzierung von
  Selbsthilfestrukturen ausgeschlossen.11 Die
  Förderung wird als Teilfinanzierung gewährt.

2. Die Förderung erfolgt vorrangig als Festbetrag
  (Festbetragsfinanzierung).12

3. Die Förderung kann in begründeten
  Ausnahmefällen auch als Fehlbedarf
  (Fehlbedarfsfinanzierung)13 oder anteilig als
  Anteilsfinanzierung14 gewährt werden.

4. Die Finanzierungsart ist im Bewilligungss-
  schreiben/Bewilligungsbescheid zu benennen.

5. Der Fördermittelempfänger hat alle eigenen
  Mittel und Einnahmen, die mit dem Förder-
  zweck zusammenhängen (insbesondere
  Zuwendungen, Leistungen Dritter, Einnahmen
  aus Sponsoring etc.), als Deckungsmittel
  für alle Ausgaben einzusetzen. Sofern Rück-
  lagen bestehen und diese im Antrag nicht als
  Eigenmittel ausgewiesen werden, ist dies von
  der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller zu
  begründen.15

11 Eigenmittel können auch in Form von Eigenleistungen
  erbracht werden.

12 Festbetragsfinanzierung: Die Förderung erfolgt in Form
  eines festen Betrags. Dieser Betrag verbleibt auch bei Ein-
  sparungen und höheren Einnahmen in voller Höhe beim
  Fördermittelgeber, es sei denn, seine Gesamtausga-
  ben liegen unter dem bewilligten Förderbetrag.

13 Fehlbedarfsfinanzierung: Die Förderung schließt die
  Lücke zwischen den anerkannten förderfähigen Ausgaben
  einerseits und den Eigenmitteln und sonstigen Einnahmen
  des Fördermittelgebers andererseits. Hierfür wird ein
  Höchstbetrag festgelegt. Einsparungen oder Mehreinnahmen
  führen grundsätzlich zu einer entsprechenden Rückzahlung
  der Fördermittel oder können ggf. angerechnet werden.

14 Anteilsfinanzierung: Die Förderung errechnet sich als
  Anteil bzw. Prozentsatz der anerkannten förderfähigen
  Ausgaben; ein festgelegter Höchstbetrag darf jedoch nicht
  überschritten werden. Erzielt der Fördermittelnehmer
  Einsparungen oder höhere Einnahmen als vorher
  absehbar, sind die Fördermittel grundsätzlich anteilig
  zurückzuzahlen oder können ggf. angerechnet werden.

15 Bei Selbsthilfeorganisationen, die neben den Aufgaben
  der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe soziale Dienstleis-
  tungen erbringen und aus diesen Betätigungen über freie
  Rücklagen verfügen, reicht bei der Antragstellung der Hin-
  weis, dass diese Rücklagen aufgrund der Komplexität und
  des Umfangs dieser Aufgaben nicht für die Finanzierung
  der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe eingebracht werden
  können.
A.5 Fördervoraussetzungen

Die Krankenkassen und ihre Verbände fördern Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen, sofern sie die in diesen Fördergrundsätzen beschriebenen allgemeinen sowie besonderen Fördervoraussetzungen erfüllen.

A.5.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen

Zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen zählen neben den unter A.2 beschriebenen Förderzwecken zusätzlich die nachstehenden Anforderungen:


• Neutrale inhaltliche Ausrichtung: Bei der Weitergabe von Informationen ist auf inhaltliche Neutralität und eine ausgewogene Darstellung zu achten. Informationen und Empfehlungen der Selbsthilfe einerseits und Werbung des jeweiligen Unternehmens andererseits sind zu trennen. Werbung von Wirtschaftsunternehmen insbesondere in schriftlichen Publikationen ist zu kennzeichnen.16

• Jegliche Kooperation und Unterstützung durch Wirtschaftsunternehmen (wie z. B. Pharmaunternehmen und Medizinproduktehersteller sowie (E-)Tabakprodukt-, Alkohol- und Glücksspielindustrie) ist transparent zu gestalten.

• Informations- und Beratungsangebote sollten sich auf der Bundes- und Landesebene an anerkannten Qualitätskriterien orientieren.17

• Über die Finanzsituation (Vorlage von geplanten Einnahmen und Ausgaben) und die Mittelverwendung ist in den Antragsunterlagen Transparenz herzustellen.

• Die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und ihren Verbänden unter Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfe muss gegeben sein.

• Es dürfen keine vorrangig wirtschaftlichen/ kommerziellen Zwecke verfolgt werden.

• Es besteht die Pflicht zum sparsamen, wirtschaftlichen und zweckgebundenen Umgang mit Fördermitteln.

• Fördermittelempfänger sind verpflichtet, auf die Förderung durch die GKV hinzuweisen.

• Die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes bzw. der Landesdatenschutzgesetze und der EU-Datenschutz-Grundverordnung sind zu beachten. Dies gilt insbesondere auch bei der Nutzung digitaler Anwendungen.

A.5.2 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene

Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen und den unter A.2.1 genannten Förderzwecken sind von allen Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

• Die Selbsthilfeorganisation auf Bundes- und Landesebene verfügt über die Rechtsform des eingetragenen Vereins (e. V.). Diese Rechtsform ist von Bedeutung, da sie interne organisatorische Kontrollgremien und -verfahren vorsieht (Vereinszweck, Kassenführung und -prüfung, Kontrolle des Vorstands und der Kassenführ-
Die Selbsthilfeorganisation erhebt zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben von ihren Mitgliedern einen Mitgliedsbeitrag. Sofern die Selbsthilfeorganisation auf Landesebene keine eigenen Mitgliedsbeiträge erhebt, weist sie mindestens Mitgliedsbeiträge aus, die ihr von ihrer Bundesorganisation zugewiesen werden.

Die Selbsthilfeorganisation auf Bundesebene verfügt über weitere Strukturen auf Landes- und/oder Ortsebene (z. B. in Form von Landesverbänden und/oder örtlichen Gruppen).

Die Selbsthilfeorganisation auf Landesebene verfügt in der Regel über mind. vier Gruppen auf örtlicher Ebene.

Für Selbsthilfeorganisationen zu seltenen Erkrankungen ist es als Ausnahme zulässig, dass sie nicht über Untergliederungen auf Landes- oder Regionalebene verfügen (siehe auch A.8.1.3).

Die Selbsthilfeorganisation auf Bundese- und Landesebene bietet ihren Mitgliedern zu mindestens einmal jährlich die Möglichkeit eines Präsenztreffens (z. B. im Rahmen einer Mitgliederversammlung, eines Regionaltreffens oder einer Jahrestagung). Sofern die Zusammentreffen unter Nutzung digitaler Anwendungen durchgeführt werden, ist nachzuweisen, dass die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet sind und für Mitgliederversammlungen die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen eingehalten wurden.

Die Selbsthilfeorganisation hat Ehrenamtliche und/oder hauptamtliches Personal.

Die Selbsthilfeorganisation weist die Gemeinnützigkeit nach.

Die Selbsthilfeorganisation, die digitale Anwendungen und Angebote nutzt und anbietet, hat im Antrag zu belegen, dass diese die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten.

Rechtlich unselbstständige Untergliederungen von Bundesorganisationen der Selbsthilfe/Bundesverbänden auf Landesebene sind bei Vorliegen der folgenden Voraussetzungen förderfähig: Sie

- nehmen erkennbar eigenständige Landesaufgaben wahr,
- haben sich in einem demokratischen Verfahren gegründet und ihre Existenz dokumentiert (Nachweis z. B. durch das Gründungsprotokoll und eine schriftliche Aufgabenbeschreibung),
- legen mit dem Antrag grundsätzlich einen landesbezogenen Haushaltsplan vor,
- weisen Mitgliedsbeiträge aus oder weisen nach, dass Aufgaben der nicht-rechtsfähigen Untergliederung durch den (rechtsfähigen) Landes- oder Bundesverband übernommen werden,
- stellen die ausreichende Präsenz im jeweiligen Bundesland sicher (u. a. Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner, Erreichbarkeit, Adresse),
- weisen Strukturen mit geregelter Verantwortlichkeit nach (z. B. Vorstand/Mitgliederversammlung),
- führen einen eigenständigen Namen (keine Privatperson),
- weisen überprüfbares Kassenkontenführung nach,
- weisen ihre Gemeinnützigkeit nach; hierzu ist es ausreichend, wenn die Freistellung auf den Bundesverband ausgestellt ist.

A.5.3 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfegruppen

Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen und den unter A.2.2 genannten Förderzwecken sind von allen Selbsthilfegruppen die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

- Die Gruppengröße umfasst mindestens sechs Mitglieder.
- Die Selbsthilfegruppe weist eine verlässliche/ kontinuierliche Gruppenarbeit und Erreichbarkeit (Benennung Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner und Kontakadresse) nach.

Ihr Wirkungskreis ist die Kommune, der Kreis, die Region.
Die Selbsthilfegruppe gibt ihr Angebot regelmäß- 
big öffentlich bekannt (bspw. bei der örtlichen 
Selbsthilfekontaktstelle, in der (regionalen) 
Presse und/oder im Internet).

Die Selbsthilfegruppe ist offen für neue Mitglie-
der.

Die Gruppenmitglieder und die Gruppenleitung 
arbeiten ehrenamtlich und ohne professionelle 
Leitung durch z. B. Ärztinnen und Ärzte oder 
die (regionalen) Presse und/oder im Internet). 
DIES schließt eine gelegentliche Hinzuziehung von 
Expertinnen und Experten zu bestimmten 
Fragestellungen nicht aus.

Die Selbsthilfegruppe hat ein Gründungstreffen 
veranstaltet und ihre Existenz protokolliert. 
Sofern das Gründungstreffen unter Nutzung 
digitaler Anwendungen durchgeführt wurde, 
Schließt eine gelegentliche Hinzuziehung von 
Expertinnen und Experten zu bestimmten 
Fragestellungen nicht aus.

Die Selbsthilfegruppe hat ein Gründungstreffen 
durchgeführt und ihre Existenz protokolliert. 
DIES Schließt eine gelegentliche Hinzuziehung von 
Expertinnen und Experten zu bestimmten 
Fragestellungen nicht aus.

Die Selbsthilfegruppe, die digitale Anwendun-
gen und Angebote nutzt und anbietet, hat im 
Antrag zu belegen, dass diese die geltenden 
Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit 
gewährleisten sind und die dafür notwendigen 
rechtlichen Voraussetzungen eingehalten 
worden.

Die Selbsthilfegruppe benennt ein nur für die 
Zwecke der Selbsthilfegruppe gesondertes 
Konto:

a. Konto für nicht verbandlich organisierte 
Selbsthilfegruppen
Diese benennen grundsätzlich ein von 
einem Gruppenmitglied für die Gruppe 
errichtetes Treuhandkonto oder ein 
Konto, das für die Gruppe als Gesellschaft 
bürgerlichen Rechts eingerichtet wurde. Er-
hält die Gruppe kein eigenständiges Konto 
bei einer Bank, können Krankenkassen 
alternativ ein Unterkonto eines Girokontos, 
ein Sparkonto oder ein von einem Treuhän-
der eingerichtetes Konto akzeptieren. Die 
der oder der Kontoverfügungsberechtigte einer 
richtig organisierten Selbsthilfe-
gruppe ist verpflichtet sicherzustellen, 
dass die Fördermittel ausschließlich für 
Zwecke der Gruppe unter Berücksichtigung 
des Leitfadens zur Selbsthilfeförderung 
verwendet werden. Sie oder er hat zudem 
sicherzustellen, dass die Gruppe in voller 
Höhe über die Mittel verfügt.

b. Konto für Selbsthilfegruppen, die 
unselbstständige Untergliederungen 
von rechtsfähigen Bundes- oder 
Landesverbänden sind
Diese benennen ein buchhalterisches 
(Unter-)Konto des Gesamtvereins, dessen 
Mitglied sie sind, das für die jeweilige 
Untergliederung angelegt wurde und über 
als die Selbsthilfegruppe in voller Höhe 
verfügten. Die oder der Kontoverfü-
gungsberechtigte einer unselbstständigen 
Untergliederung ist verpflichtet sicherzustel-
en, dass die Fördermittel ausschließlich für 
Zwecke der Gruppe unter Berücksichtigung 
leitfadens zur Selbsthilfeförderung 
verwendet werden.

A.5.4 Besondere Fördervoraussetzungen 
für Selbsthilfekontaktstellen 
Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervorausset-
zungen und den unter A.2.3 genannten Förder-
zwecken sind von den Selbsthilfekontaktstellen/ 
landesweit ausgerichteten Selbsthilfekontakt-
stellen jeweils die folgenden Voraussetzungen zu 
erfüllen: Die Selbsthilfekontaktstelle
• arbeitet mit hauptamtlichem Fachpersonal, 
• unterstützt die Selbsthilfegruppe gemäß Krank-
heitsverzeichnis bei der Wahrnehmung ihrer 
Interessen, 
• weist eine Selbsthilfekontaktstellenarbeit von 
mindestens einem Jahr nach (Ausnahmen sind 
in begründeten Einzelfällen möglich), 
• stellt themen-, bereichs- und indikationsgrup-
penübergreifend Unterstützungsangebote für 
die örtlichen Selbsthilfegruppen zur Verfügung, 
• wird anteilig durch die öffentliche Hand als 
Selbsthilfekontaktstelle gefördert,
Kassenartenübergreifende Pauschalförderung

- weist eine regelmäßige Erreichbarkeit und Öffnungs-/Sprechzeiten (eigene Website und E-Mail-Adresse) nach,
- erfasst die örtlichen Selbsthilfegruppen, die geplanten Gruppengründungen bzw. Wünsche Interessierter und macht diese bekannt,
- unterstützt Selbsthilfegruppen bei der Gründung und begleitet sie in der Praxis,
- arbeitet auf örtlicher oder regionaler Ebene in einer Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfekontaktstellen mit und kooperiert – soweit vorhanden – mit landesweit ausgerichteten Selbsthilfekontaktstellen.
- Die Selbsthilfe kontaktstelle, die digitale Anwendungen und Angebote nutzt und anbietet, hat im Antrag zu belegen, dass diese die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten.

A.6 Ausschluss der Förderung

Einrichtungen/Institutionen, die die vorgenannten Voraussetzungen nicht erfüllen, werden von den Krankenkassen und ihren Verbänden nicht gefördert. Dies gilt insbesondere für:
- Wohlfahrtsverbände
- Sozialverbände
- Verbraucherverbände/-organisationen/-einrichtungen
- Patientenberatungsstellen (auch internet-basierte)
- Berufs-/Fachverbände bzw. Fachgesellschaften
- Kuratorien, Stiftungen, Fördervereine
- (Unter-)Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise von Selbsthilfegruppen und/oder Selbsthilfeorganisationen
- stationäre oder ambulante Hospizdienste
- Bundes- bzw. Landesarbeitsgemeinschaften für Gesundheit/Gesundheitsförderung bzw. Landeszentralen für Gesundheit/Gesundheitsförderung, Landes- bzw. regionale Gesundheitskonferenzen
- krankheitsspezifische Beratungseinrichtungen oder Kontaktstellen, wie bspw. Sucht-, Krebsberatungsstellen
- Umweltberatungen
- ausschließlich im Internet agierende Initiativen, sofern es sich nicht um gesundheitsbezogene Selbsthilfegruppen oder Selbsthilfeorganisationen i. S. dieses Leitfadens handelt
- Kooperationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen und Ärzte (KOSA) der Kassenärztlichen Vereinigungen
- Einzelpersonen, die Mitglied einer Selbsthilfegruppe sind und/oder als Kontaktperson für eine Selbsthilfegruppe und/oder Selbsthilfeorganisation tätig sind
- Zusammenschlüsse mit ausschließlich gesundheitsförderlicher oder primärpräventiver Zielsetzung
- (Pflege-)Wohngemeinschaften
- Dachorganisationen (zur Projektförderung von „Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“ siehe auch B.2.4 und B.5.5)
A.7 Verhältnis zur Selbsthilfeförderung nach dem SGB XI


Werden parallel zur Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des § 20h SGB V auch Fördermittel nach § 45d i. V. m. § 45c SGB XI beantragt, dürfen Maßnahmen nicht doppelt finanziert werden. Die Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen haben im Rahmen der Beantragung der Fördermittel transparent zu machen, ob und ggf. in welcher Höhe sowie für welchen Zweck Fördermittel bei anderen Trägern bereits beantragt oder zugesagt wurden.

A.8 Antragsverfahren für die kassenartenübergreifende Pauschalförderung


Der Grundsatz der Ebenenförderung gewährleistet, dass die Förderung von Selbsthilfeorganisationen auf Bundesebene, Selbsthilfeorganisationen auf Landesebene, Selbsthilfegruppen auf örtlicher Ebene und Selbsthilfekontaktstellen nur auf einer Ebene erfolgt und eine Doppelförderung ausgeschlossen wird.

A.8.1 Antragstellung

Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen werden entsprechend ihrem Wirkungskreis von den für sie zuständigen Ebenen auf Seiten der Krankenkassen bzw. ihrer Verbände gefördert. Demnach liegt die Zuständigkeit

- für die Förderung von Selbsthilfeorganisationen auf Bundesebene bei der „GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe auf Bundesebene“,
- für die Förderung von Selbsthilfeorganisationen auf Landesebene bei den GKV-Gemeinschaftsförderungen Selbsthilfe in den Ländern,
- für die Förderung der örtlichen Selbsthilfegruppen bundeslandspezifisch bei den GKV-Gemeinschaftsförderungen Selbsthilfe in den Ländern,
- für die Förderung der Selbsthilfekontaktstellen bei den GKV-Gemeinschaftsförderungen Selbsthilfe auf Bundes- und Landesebene.


18 Weitere Informationen hierzu unter: https://www.gkv-spitzenverband.de/pflegeversicherung/selbsthilfe_pflege/pv_selbsthilfefoerderung.jsp

A.8.1.1 Antragsverfahren auf Bundesebene

A.8.1.2 Antragsverfahren auf Landes- und Ortebene

A.8.1.3 Anträge mit bundeslandübergreifender Ausrichtung
- Selbsthilfegruppen, die überörtlich oder bundeslandübergreifend aktiv sind, stellen den Antrag dort, wo die Gruppe ihren Sitz hat. Die Gruppe hat im Antrag ihren Sitz anzugeben.
- Selbsthilfeorganisationen auf Landesebene, die für mehrere Bundesländer zuständig sind, müssen den Antrag dort stellen, wo die Selbsthilfeorganisation ihren Sitz hat.
- Selbsthilfeorganisationen im Bereich der seltenen Erkrankungen, die nicht über Untersgliederungen auf Landes- oder Regionalebene verfügen, haben Förderanträge ausschließlich auf der Bundesebene zu stellen.
- Sofern funktionierende Regelungen zur Entgegennahme bundeslandübergreifender Anträge bei den Arbeitsgemeinschaften bestehen, z. B. im Sinne einer Quotierung, und diese veröffentlicht sind, können die entsprechenden Regelungen weiter gelten.

A.8.2 Förderfähige Ausgaben
Die kassenartenübergreifende Pauschalförderung leistet einen Beitrag zur Finanzierung der originären selbsthilfebezogenen Aufgaben. Diese Fördermittel werden der Selbsthilfe als Zuschüsse zur Absicherung ihrer originären und vielfältigen Selbsthilfearbeit sowie regelmäßig wiederkehrender Aufwendungen gewährt. Ob Ausgaben anerkannt und als förderfähig bewilligt werden, entscheiden die Krankenkassen und ihre Verbände nach Maßgabe des Leitfadens und pflichtgemäß Ermessen. Durch die kassenartenübergreifende Pauschalförderung erfolgt eine Bezugsschussung für:
- Miet- und Nebenkosten (mit Ausnahme anteiliger Raum- und Mietkosten von Privaträumen)
- Büroausstattung/-sachkosten
Kassenartenübergreifende Pauschalförderung

- Regelmäßige Ausgaben für digitale Angebote und Anwendungen
- Regelmäßig erscheinende Medien (z. B. Mitgliederzeitschriften, Newsletter) einschließlich deren Verteilung
- Regelmäßige Schulungen oder Fortbildungen, die auf die Befähigung zur eigenen Organisations- und Verbandsarbeit sowie auf administrative Tätigkeiten abzielen, einschließlich Veranstaltungs-, Teilnahmegebühren, Fahrt- und Übernachtungskosten
- Tagungs-, Kongress- und Messebesuche
- Reisekosten im Rahmen regionaler Vergabebesitzungen
- Durchführung von satzungsrechtlich erforderlichen Gremiensitzungen einschließlich Veranstaltungs-, Teilnahmegebühren, Fahrt- und Übernachtungskosten
- Kosten für regelmäßig stattfindende Aktivitäten und Angebote (z. B. Angehörigentreffen), die einen engen Bezug zu selbsthilfebezogenen Aufgaben der Selbsthilfegruppe, Selbsthilfekontaktstelle oder Selbsthilfeorganisation haben
- Personalausgaben (Anträge, die ausschließlich auf Personalstellenförderung lauten, können nicht berücksichtigt werden.)

A.8.3 Antragsbearbeitung und Mittelvergabe


Die Krankenkassen und ihre Verbände beschließen auf den jeweiligen Förderbereichen gemeinsam und nach Beratung mit den Vertretungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen über die Vergabe der Fördermittel aus der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung (siehe hierzu auch IV.1 Absatz 2). Bewilligungen im Rahmen der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung eröffnen keinen Anspruch auf eine Förderung in gleicher Höhe im folgenden Haushaltsjahr. Vielmehr hängt die Förderhöhe u. a. von der grundsätzlichen Förderfähigkeit des Antragstellers, den verfügbaren Fördermitteln und der Anzahl der Anträge ab.

A.8.3.1 Bemessung der Förderhöhe von Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene

Bei der Bemessung der Förderhöhe werden die nachfolgenden Merkmale berücksichtigt:
- Größe und Struktur der Organisation (z. B. Anzahl der Einzelmitglieder/ Personen des Gesamtverbandes und Anzahl der zugehörigen Selbsthilfegruppen)
- ehrenamtliche oder hauptamtliche Arbeit
- Verbreitung der Erkrankung
dezentrale/zentrale Struktur bezogen auf die Förderbereichen (Bund, Land, vor Ort)
- Art der Erkrankungen/Behinderungen und der damit einhergehenden Herausforderungen für die Betroffenen und ihre Angehörigen
- Aktivitäten- und Tätigkeitsprofil der Antragstellerin bzw. des Antragstellers
- Vielfältigkeit der Zugangswege zu den Angeboten der Selbsthilfe (z. B. persönliche Gruppentreffen, telefonische Beratung, digitale Angebote)
- Akzeptanz bei anderen Förderstellen (insbesondere öffentliche Hand)
- Anteil der gesundheitsbezogenen Selbsthilfearbeit am gesamten Tätigkeitspektrum der Antragstellerin bzw. des Antragstellers, sofern sich dieser Anteil auf die Arbeit der Selbsthilfeorganisation in Deutschland bezieht.

19 Reise-, Fahrt- und Übernachtungskosten sind entsprechend den Vorgaben des Bundesreisekostengesetzes bzw. der Landesreisekostengesetze förderfähig.
A.8.3.2 Bemessung der Förderhöhe für Selbsthilfegruppen
Bei der Bemessung der Förderhöhe werden die nachfolgenden Merkmale berücksichtigt:

- Gruppengröße (Mitglieder/durchschnittliche Teilnehmerzahl bei Gruppentreffen)
- Anzahl der Treffen
- Aktivität der Selbsthilfegruppe
- Vielfältigkeit der Zugangswege zu den Angeboten der Selbsthilfe (z. B. persönliche Gruppentreffen, telefonische Beratung, digitale Angebote)
- Krankheitsbild, mit dem sich die Selbsthilfegruppe befasst
- finanzielles Gesamtvermögen
- Förderung durch andere Stellen (z. B. öffentliche Hand oder andere Sozialversicherungsträger)

A.8.3.3 Bemessung der Förderhöhe für Selbsthilfekontaktstellen
Bei der Bemessung der Förderhöhe werden die nachfolgenden Merkmale berücksichtigt:

- Einwohnerzahl, Strukturen und Fläche des Einzugsgebiets
- Anzahl der zu unterstützenden Selbsthilfegruppen
- zusätzliche Leistungen wie z. B. Zweigstellen- oder Sprechstundenangebot
- Aktivitäten und Tätigkeitsprofil
- Vielfältigkeit der Zugangswege zu den Angeboten der Selbsthilfe (z. B. persönliche Gruppentreffen, telefonische Beratung, digitale Angebote)
- Ausstattung (z. B. Räume für Gruppentreffen)
- Personal (Anzahl der Fach- und Verwaltungskräfte)

A.8.4 Nachweis der Mittelverwendung
1. Die bestimmungsgemäße, zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel ist in einem Verwendungsnachweis zu belegen. Der Verwendungsnachweis ist von zwei legitimierten Vertreterinnen oder Vertretern des Antragstellers zu unterzeichnen.

2. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis und einem Tätigkeitsbericht. Bei niedrigen Förderbeträgen (siehe Absatz 4) kann der Tätigkeitsbericht entfallen.


20 Sofern eine Bilanz erstellt wird, ist diese bis spätestens 30. September des Folgejahres vorzulegen.
eingesehen werden. Die Prüfung von Belegen erfolgt stichprobenartig.


7. Im Bewilligungsschreiben/Bewilligungsbescheid wird die Frist zur Einreichung des Verwendungsnachweises bekannt gegeben.

A.8.5 Erstattung (Rückforderung) der Fördermittel

1. Die Fördermittel sind ganz oder teilweise zurückzuzahlen, soweit das Bewilligungsschreiben/der Bewilligungsbescheid nach den Vorschriften des SGB X (§§ 44 ff.) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkungen für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird oder sonst unwirksam ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn
   • die Fördermittel durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurden,
   • die Fördermittel nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet werden,
   • eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z. B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung durch zusätzliche Einnahmen).\(^\text{21}\)

Der Fördermittelgeber kann eine Bagatellgrenze festlegen, bis zu der er auf eine Rückzahlung verzichtet.

2. Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, wenn Auflagen nicht erfüllt werden, insbesondere der Verwendungs nachweis nicht rechtzeitig (siehe A.8.4 Absatz 7) vorgelegt wird sowie Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachgekommen wird.

A.9 Allgemeine und besondere Nebenbestimmungen


\(^{21}\) Eine auflösende Bedingung kommt bei einer Festbetragsfinanzierung nur in Betracht, wenn die Gesamtausgaben unter dem bewilligten Förderbetrag liegen.
Teil B: Krankenkassenindividuelle Projektförderung

B.1 Vergabe der Fördermittel

B.1.1 Höhe, Aufbringung und Verteilung der Fördermittel
Für die krankenkassenindividuelle Projektförderung werden jährlich maximal 30 % der insgesamt nach § 20h SGB V aufzubringenden Fördermittel zur Verfügung gestellt. Die übrigen mindestens 70 % fließen in die kassenartenübergreifende Pauschalförderung. Die Aufbringung der Mittel erfolgt nach der amtlichen Statistik KM 6. Bei Fusionen von Krankenkassen und deren Verbänden stellt der Rechtsnachfolger die entsprechend (im Fusionsjahr) zu verausgabenden Fördermittel zur Verfügung.

Darüber hinaus können die Krankenkassen und ihre Verbände weitergehende Regelungen treffen und der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung mehr als den 70-prozentigen Pflichtanteil zur Verfügung stellen. Die Entscheidung über die Verteilung der krankenkassenindividuellen Projektfördermittel treffen die Krankenkassen und ihre Verbände eigenständig.

B.1.2 Transparenz über die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel
Die Krankenkassen und ihre Verbände informieren über die Höhe der für das nächste Förderjahr zur Verfügung stehenden krankenkassenindividuellen Projektfördermittel auf geeignete Weise, z. B. über das Internet. Sie geben im Vorjahr bekannt, wenn sie nicht krankenkassenindividuell fördern. Krankenkassen, die Mittel aus ihrer krankenkassenindividuellen Projektförderung für die kassenartenübergreifende Pauschalförderung zur Verfügung stellen wollen, sollten dies gegenüber den GKV-Gemeinschaftsförderungen spätestens bis zum 31. Dezember des Vorjahres anzeigen, damit diese die Mittel mit einplanen können.

B.1.3 Transparenz über die verausgabten krankenkassenindividuellen Projektfördermittel
Die Krankenkassen und ihre Verbände informieren auf geeignete Weise über die von ihnen verausgabten krankenkassenindividuellen Projektfördermittel, z. B. über das Internet.

B.1.4 Nicht verausgabte Fördermittel eines Förderjahres
Nicht verausgabte Fördermittel aus der krankenkassenindividuellen Projektförderung (Überlaufmittel) fließen nach Vorliegen der amtlichen Ausgabenstatistik (KJ I) im darauffolgenden Jahr der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung zu. Näheres regelt die „Empfehlung der Verbände der Krankenkassen auf Bundesebene zum Um- gang mit nicht verausgabten Fördermitteln eines Förderjahres vom 27. Januar 2010“.

B.2 Gegenstand der Förderung/ Förderzwecke

Die Krankenkassen und ihre Verbände können Förderschwerpunkte festlegen, die auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet sein können. Sofern sie Förderschwerpunkte definieren, müssen sie diese rechtzeitig transparent machen. Es liegt in ihrem Ermessen, welche Ebenen gefördert werden. Ein wichtiges Anliegen der krankenkassenindividuellen Projektförderung ist es, Fördermittel zielgenau dort einzusetzen, wo sie in besonderem Maße dazu beitragen, im Rahmen der Selbsthilfearbeit die Situation der Betroffenen zu verbessern.


Nicht vom Förderzweck umfasst sind Projekte, die zu den Leistungen der GKV nach anderen Rechtsgrundlagen gehören, z. B.:
• Patientenschulungsmaßnahmen, Funktionstraining und Rehabilitationssport, Nachsorgemaßnahmen (§ 43 SGB V)
• Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung (§ 46 SGB IX)
• Soziotherapie (§ 37a SGB V)
• Therapiegruppen (z. B. Psychotherapie, Ergotherapie (§§ 27 ff. SGB V)
• primärpräventive Maßnahmen/Präventionskurse (§ 20 SGB V)
• gesundheitsfördernde Maßnahmen in Lebenswelten (§ 20a SGB V) und Betrieben (§ 20b SGB V)
• Leistungen zur Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen (§ 33a SGB V)

Im Rahmen der krankenkassenindividuellen Projektförderung können Projekte nachfolgender Antragstellerinnen bzw. Antragsteller gefördert werden.

**B.2.1 Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene**

Gefördert werden können Projekte von Selbsthilfeorganisationen, die als organisatorischer Zusammenschluss von Selbsthilfegruppen und/oder einzelnen Mitgliedern auf Bundes- und/oder Landesebene tätig sind und auf bestimmte Krankheiten oder Krankheitsfolgen entsprechend dem Krankheitsverzeichnis spezialisiert sind und der wichtigste Arbeitsform der Austausch von Hilfe von Betroffenen/Angehörigen ist und

• die als Selbsthilfeorganisation den persönlichen Austausch und die gegenseitige Hilfe von Betroffenen/Angehörigen unterstützen und
die den Austausch ihrer Mitglieder über analoge und/oder digitale Angebote und Anwendungen ermöglichen und
deren gesundheitsbezogene Selbsthilfeaktivitäten sich auf die Bewältigung chronischer Krankheiten und/oder Behinderungen ausrichten, von denen die Mitglieder selbst oder als Angehörige betroffen sind, und
die Unterstützungsleistungen für ihre Mitglieder (insbesondere Beratung, Schulungen, Seminare, Konferenzen und Tagungen) erbringen und deren Angebote vernetzen, um damit den gegenseitigen Austausch der betroffenen Menschen und deren Kompetenzen zu fördern, und
die als bundesweite oder landesweite Interessenvertretung handeln.

**B.2.2 Selbsthilfegruppen**

Gefördert werden können Projekte von Selbsthilfegruppen,
• die für ihre Mitglieder und deren Angehörige gegenseitige Hilfe und Unterstützung anbieten und
die einen Erfahrungsaustausch über analoge Angebote und/oder digitale Angebote und Anwendungen ermöglichen und
deren Selbsthilfearbeit und Interessenwahrnehmung durch die Betroffenen getragen wird (Selbsthilfeprinzip) und die sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, Krankheitsfolgen und/oder psychischen Problemen richten und mit dazu beitragen, die persönliche Lebensqualität zu verbessern (gemäß Krankheitsverzeichnis).

**B.2.3 Selbsthilfekontaktstellen**

Gefördert werden können Projekte von Selbsthilfekontaktstellen, die
• themen-, Bereichs- und indikationsgruppenübergreifend Unterstützungsangebote zur methodischen Anleitung, Unterstützung und Stabilisierung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen bereithalten und
• für alle Krankheitsgruppen, die im Krankheits-verzeichnis aufgeführt sind, offen sind und
• aktiv Bürgerinnen und Bürger unterstützen, Selbsthilfegruppen zu gründen, oder ihnen Selbsthilfegruppen vermitteln und
• für Gruppen infrastrukturelle Hilfen z. B. in Form von Gruppenräumen zur Verfügung stellen und
• kostenlos Beratung oder Praxisbegleitung anbieten und
• ggf. digitale Anwendungen nutzen und anbieten und
• die Kooperation und Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen und professionellen Leistungserbringern fördern, Kontakte und Kooperationspartnerinnen bzw. Kooperationspartner vermitteln und Angebote in der Region vernetzen und
• sich als Agenturen zur Stärkung der Motivation, Eigenverantwortung und gegenseitigen freiwilligen Hilfe verstehen und eine Wegweiserfunktion im System der gesundheitsbezogenen und sozialen Unterstützungsangebote wahrnehmen.

Landesweit ausgerichtete Selbsthilfe-kontaktstellen
Gefördert werden können Projekte einer landesweit ausgerichteten Selbsthilfekontaktstelle pro Bundesland (siehe auch A.2.3), die
• landesweit zur Selbsthilfe berät und Betroffene an Selbsthilfe kontaktstellen und Selbsthilfeorganisationen im Bundesland vermittelt und
• Selbsthilfekontaktstellen im Bundesland berät, unterstützt, vernetzt und weiterbildet und
• landesweite Informationen zur Selbsthilfe im Bundesland sammelt, aufbereitet und öffentlich zugänglich macht und
• ggf. digitale Anwendungen nutzen und anbieten und
• die Qualität der professionellen Selbsthilfeunterstützungserarbeit im Austausch mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Selbsthilfe-kontaktstellen weiterentwickelt.

B.2.4 Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen
Gefördert werden können Projekte von „Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“, • deren Aktivitäten für die beteiligten Selbsthilfeorganisationen/-gruppen einen Mehrwert und Zusatznutzen generieren,
• deren Aktivitäten in der öffentlichen Wahrnehmung als gemeinsames Projekt der beteiligten Selbsthilfeorganisationen/-gruppen bzw. Mitglieder der Dachorganisationen dargestellt werden,
• die durch die gemeinsame Bearbeitung einer Problem- oder Themenstellung (z. B. Weiterentwicklung der Qualität der Selbsthilfearbeit der Selbsthilfeorganisationen) Synergieeffekte erzielen und damit auch eine Entlastung für die Beteiligten darstellen.


B.3 Art der Förderung
Die krankenkassenindividuelle Förderung erfolgt als Projektförderung.

B.4 Finanzierungsart
Die Finanzierungsart wird von den Krankenkassen oder ihren Verbänden als Fördermittelgeber festgelegt:
1. Die Fördermittel werden im Rahmen der krankenkassenindividuellen Projektförderung grundsätzlich als Teilfinanzierung gewährt. Eine Vollfinanzierung ist nur im Ausnahmefall möglich, wenn der Fördermittelnehmer nicht über eigene Mittel verfügt und der
2. Die Projektförderung wird vorrangig als Fehlbedarf (Fehlbedarfsfinanzierung) gewährt.

3. Alternativ kann die Förderung auch als Festbetrag (Festbetragsfinanzierung) oder anteilig als Anteilsfinanzierung gewährt werden.

4. Die Finanzierungssart ist im Bewilligungsschreiben/Bewilligungsbescheid zu benennen.


B.5 Fördervoraussetzungen

Die Krankenkassen und ihre Verbände fördern Aktivitäten und Projekte der unter B.2 genannten Fördermittelempfänger, sofern diese die in diesen Fördergrundsätzen beschriebenen allgemeinen und besonderen Fördervoraussetzungen erfüllen.

B.5.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen

Zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen zählen neben den unter B.2 beschriebenen Förderzwecken zusätzlich die nachstehenden Anforderungen:


- Jegliche Kooperation und Unterstützung durch Wirtschaftsunternehmen (wie z. B. Pharmaunternehmen und Medizinproduktehersteller sowie (E-)Tabakprodukt-, Alkohol- und Glücksspielindustrie) ist transparent zu gestalten.


27 Siehe hierzu Neutralitätserklärungen der Fördermittelgeber.
Informations- und Beratungsangebote sollten sich auf der Bundes- und Landesebene an anerkannten Qualitätskriterien orientieren.28

Über die Finanzierung des Projekts (Vorlage von geplanten Einnahmen und Ausgaben) und die Mittelverwendung ist in den Antragsunterslagen Transparenz herzustellen.

Die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und ihren Verbänden unter Wahrung der Neutra- lität und Unabhängigkeit der Selbsthilfe muss gegeben sein.

Es dürfen keine vorrangig wirtschaftlichen/ kommerziellen Zwecke verfolgt werden.

Es besteht die Pflicht zum sparsamen, wirts- schaftlichen und zweckgebundenen Umgang mit Fördermitteln.

Für die Fördermittelempfänger sind verpflichtet, auf die Förderung durch die GKV hinzuweisen.


Anträge und Verwendungsnachweise sind von zwei legitimierten Vertreterinnen oder Vertretern des Antragstellers zu unterzeichnen.

B.5.2 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene

Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen und den unter B.2.1 genannten Förderzwecken sind von allen Selbsthilfeorganisationen auf Bundes- und Landesebene die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

Die Selbsthilfeorganisation auf Bundes- und Landesebene verfügt über die Rechtsform des eingetragenen Vereins (e. V.). Diese Rechtsform ist von Bedeutung, da sie interne organisatorische Kontrollgremien und -verfahren vorsieht (Vereinszweck, Kassenführung und -prüfung, Kontrolle des Vorstands und der Kassenführerin bzw. des Kassenführers durch die Mitgliederversammlung, Prüfung der satzungsgemäßen Mittelverwendung).

Die Selbsthilfeorganisation erhebt zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben von ihren Mitgliedern einen Mitgliedsbeitrag. Sofern die Selbsthilfeorganisation auf Landesebene keine eigenen Mitgliedsbeiträge erhebt, weist sie zumindest Mitgliedsbeiträge aus, die ihr von ihrer Bundesorganisation zugewiesen werden.

Die Selbsthilfeorganisation auf Bundesebene verfügt über weitere Strukturen auf Landes- und/oder Ortsebene (z. B. in Form von Landesverbänden und/oder örtlichen Gruppen).

Die Selbsthilfeorganisation auf Landesebene verfügt in der Regel über mindestens vier Gruppen auf regionaler Ebene.

Für Selbsthilfeorganisationen zu seltenen Erkrankungen ist es als Ausnahme zulässig, dass sie nicht über Untergliederungen auf Landes- oder Regionalebene verfügen.

Die Selbsthilfeorganisation auf Bundes- und Landesebene bietet ihren Mitgliedern zumindest einmal jährlich die Möglichkeit eines Präsenztreffens (z. B. im Rahmen einer Mitgliederversammlung, eines Regionaltreffens oder einer Jahrestagung). Sofern die Zusammentreffen unter Nutzung digitaler Anwendungen durchgeführt werden, ist nachzuweisen, dass die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet sind und für Mitgliederversammlungen die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen eingehalten wurden.

Die Selbsthilfeorganisation hat Ehrenamtliche und/oder hauptamtliches Personal.

Die Selbsthilfeorganisation weist die Gemeinnützigkeit nach.

Die Selbsthilfeorganisation, die digitale Anwendungen und Angebote nutzt und anbietet, hat im Antrag zu belegen, dass diese die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten.

Rechtlich unselbstständige Untergliederungen von Bundesorganisationen der Selbsthilfe/Bundesver-
bänden auf Landesebene sind bei Vorliegen der folgenden Voraussetzungen förderfähig: Sie
• nehmen erkennbar eigenständige Landesaufgaben wahr,
• haben sich in einem demokratischen Verfahren gegründet und ihre Existenz dokumentiert (Nachweis z. B. durch das Gründungsprotokoll und eine schriftliche Aufgabenbeschreibung),
• legen mit dem Antrag grundsätzlich einen landesbezogenen Haushaltsplan vor,
• weisen Mitgliedsbeiträge aus oder weisen nach, dass Aufgaben der nicht-rechtsfähigen Untergliederung durch den (rechtsfähigen) Landes- oder Bundesverband übernommen werden,
• stellen die ausreichende Präsenz im jeweiligen Bundesland sicher (u. a. Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner, Erreichbarkeit, Adresse),
• weisen Strukturen mit geregelter Verantwortlichkeit nach (z. B. Vorstand/Mitgliederversammlung),
• führen einen eigenständigen Namen (keine Privatperson),
• weisen eine überprüfbare Kassenkontenführung nach,
• weisen ihre Gemeinnützigkeit nach; hierzu ist es ausreichend, wenn die Freistellung auf den Bundesverband ausgestellt ist.

B.5.3 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfegruppen
Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen und den unter B.2.2 genannten Förderzwecken sind von allen Selbsthilfegruppen die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:
• Die Gruppengröße umfasst mindestens sechs Mitglieder.
• Die Selbsthilfegruppe weist eine verlässliche/ kontinuierliche Gruppenarbeit und Erreichbarkeit (Benennung Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner und Kontaktdaten) nach. Ihr Wirkungskreis ist die Kommune, der Kreis, die Region.
• Die Selbsthilfegruppe gibt ihr Angebot regelmäßig öffentlich bekannt (bspw. bei der örtlichen Selbsthilfekontaktstelle, in der (regionalen) Presse) und/oder im Internet.
• Die Selbsthilfegruppe ist offen für neue Mitglieder.
• Die Selbsthilfegruppe hat ein Gründungstreffen durchgeführt und ihre Existenz protokolliert. Sofern das Gründungstreffen unter Nutzung digitaler Anwendungen durchgeführt wurde, ist nachzuweisen, dass die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet sind und die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen eingehalten wurden.
• Die Selbsthilfegruppe, die digitale Anwendungen und Angebote nutzt und anbietet, hat im Antrag zu belegen, dass diese die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten.
• Die Selbsthilfegruppe benennt ein nur für die Zwecke der Selbsthilfegruppe gesondertes Konto:
  a. Konto für nicht verbandlich organisierte Selbsthilfegruppen
verwendet werden. Sie oder er hat zudem sicherzustellen, dass die Gruppe in voller Höhe über die Mittel verfügt.

b. Konto für Selbsthilfegruppen, die unselbstständige Untergliederungen von rechtsfähigen Bundes- oder Landesverbänden sind
Diese benennen ein buchhalterisches (Unter-)Konto des Gesamtvereins, dessen Mitglied sie sind, das für die jeweilige Untergliederung angelegt wurde und über das die Selbsthilfegruppe in voller Höhe verfügen kann. Die oder der Kontoverfügungsberechtigte einer unselbstständigen Untergliederung ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Fördermittel ausschließlich für Zwecke der Gruppe unter Berücksichtigung des Leitfadens zur Selbsthilfeförderung verwendet werden.

B.5.4 Besondere Fördervoraussetzungen für Selbsthilfekontaktstellen
Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen und den unter B.2.3 genannten Förderzwecken sind von den Selbsthilfekontaktstellen/landesweit ausgerichteten Selbsthilfekontaktstellen jeweils die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen: Die Selbsthilfekontaktstelle
- arbeitet mit hauptamtlichem Fachpersonal,
- unterstützt die Selbsthilfegruppen gemäß Krankheitsverzeichnis bei der Wahrnehmung ihrer Interessen,
- weist eine Selbsthilfekontaktstellenarbeit von mindestens einem Jahr nach (Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen möglich),
- stellt themen-, Bereichs- und indikationsgruppenübergreifend Unterstützungsangebote für die örtlichen Selbsthilfegruppen zur Verfügung,
- wird anteilig durch die öffentliche Hand als Selbsthilfekontaktstelle gefördert,
- weist eine regelmäßige Erreichbarkeit und Öffnungs-/Sprechzeiten (eigene Website und E-Mail-Adresse) nach,
- erfasst die örtlichen Selbsthilfegruppen, die geplanten Gruppengründungen bzw. die Wünsche Interessierter und macht diese bekannt,
- unterstützt Selbsthilfegruppen bei der Gründung und begleitet sie in der Praxis,
- arbeitet auf örtlicher oder regionaler Ebene in einer Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfekontaktstellen mit und kooperiert – soweit vorhanden – mit landesweit ausgerichteten Selbsthilfekontaktstellen.
- Die Selbsthilfekontaktstelle, die digitale Anwendungen und Angebote nutzt und anbietet, hat im Antrag zu belegen, dass diese die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten.

Landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstellen
Die landesweit ausgerichtete Selbsthilfekontaktstelle
- unterstützt Selbsthilfekontaktstellen und begleitet sie in der Praxis,
- arbeitet mit hauptamtlichem Fachpersonal,
- weist eine Selbsthilfekontaktstellenarbeit von mindestens einem Jahr nach (Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen möglich),
- wird anteilig durch die öffentliche Hand als Selbsthilfekontaktstelle gefördert.
- Die von der landesweiten Selbsthilfekontaktstelle wahrgenommenen Aufgaben sind nicht bereits Gegenstand der Förderung von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen/-verbänden und Selbsthilfekontaktstellen.
- Die Selbsthilfekontaktstelle, die digitale Anwendungen und Angebote nutzt und anbietet, hat im Antrag zu belegen, dass diese die geltenden Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten.

B.5.5 Besondere Fördervoraussetzungen für Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen
Zusätzlich zu den allgemeinen Fördervoraussetzungen und den unter B.2.4 genannten Förderzwecken sind von allen „Dachorganisationen von
Selbsthilfeorganisationen" die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

- „Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“ bestehen aus mehreren thematisch-fachlich oder regional zusammengehörigen Selbsthilfeorganisationen/-verbänden, die sich mit unterschiedlichen Krankheits- und Diagnosegruppen befassen.
- „Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“ führen einen eigenständigen Namen und verfügen über die Rechtsform des e. V.
- „Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“ erheben von ihren Mitgliedern Mitgliedsbeiträge.
- Die zu fördernde Aktivität ist eindeutig der originären Selbsthilfearbeit zuzurechnen.
- Die auf die „Dachorganisation von Selbsthilfeorganisationen“ übertragene Aufgabenstellung ist nicht bereits Gegenstand der Förderung von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen/-verbänden und Selbsthilfekontaktstellen.

B.6 Ausschluss der Förderung

Von der Förderung ausgeschlossen sind Projekte von Einrichtungen/Institutionen, die die vorgenannten generellen Voraussetzungen nicht erfüllen. Dies gilt insbesondere für:

- Wohlfahrtsverbände
- Sozialverbände
- Verbraucherverbände/-organisationen/-einrichtungen
- Beratungsstellen für Patientinnen und Patienten (auch internetbasierte)
- Berufs-/Fachverbände bzw. Fachgesellschaften
- Kuratorien, Stiftungen, Fördervereine
- (Unter-)Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise von Selbsthilfegruppen und/oder Selbsthilfeorganisationen
- stationäre oder ambulante Hospizdienste
- Bundes- bzw. Landesarbeitsgemeinschaften für Gesundheit/Gesundheitsförderung bzw. Landeszentralen für Gesundheit/Gesundheitsförderung, Landes- bzw. regionale Gesundheitskonferenzen
- krankheitsspezifische Beratungseinrichtungen oder Kontaktstellen wie bspw. Sucht-, Krebsberatungsstellen
- Umweltberatungen
- ausschließlich im Internet agierende Initiativen, sofern es sich nicht um gesundheitsbezogene Selbsthilfegruppen oder Selbsthilfeorganisationen i. S. dieses Leitfadens handelt
- Kooperationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen und Ärzte (KOSA) der Kassenärztlichen Vereinigungen
- Einzelpersonen, die Mitglied einer Selbsthilfegruppe sind und/oder als Kontaktperson für eine Selbsthilfegruppe oder Selbsthilfeorganisation tätig sind
- Zusammenschlüsse mit ausschließlich gesundheitsförderlicher oder primärpräventiver Zielsetzung
- (Pflege-)Wohngemeinschaften
- Dachorganisationen (zur Projektförderung von „Dachorganisationen von Selbsthilfeorganisationen“ siehe B.2.4 und B.5.5).

B.7 Verhältnis zur Selbsthilfeförderung nach dem SGB XI

Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen können neben einer Förderung nach § 20h SGB V auch Fördermittel nach § 45d i. V. m. § 45c SGB XI beantragen. Die Rechtsvorschrift im SGB XI sieht u. a. vor, dass Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen Förderanträge bei den durch Rechtsverordnung benannten zuständigen Stellen des Landes oder der Gebietskörperschaft stellen können. Anträge auf Förderung der Gründung von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen sowie auf Förderung bundesweiter Selbsthilfetätigkeiten können beim GKV-Spitzenverband gestellt werden.29 Die Angebote der

29 Weitere Informationen hierzu unter: https://www.gkv-spitzenverband.de/pflegeversicherung/selbsthilfe_pflege/pv_selbsthilfefoerderung.jsp
Selbsthilfe sind hier nur förderfähig, wenn sie sich an Pflegebedürftige oder auch deren Angehörige oder vergleichbar Nahestehende richten.

Werden parallel zur Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des § 20h SGB V auch Fördermittel nach § 45d i. V. m. § 45c SGB XI beantragt, dürfen Maßnahmen nicht doppelt finanziert werden. Die Selbsthilfegruppen, Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen haben im Rahmen der Beantragung der Fördermittel transparent zu machen, ob und ggf. in welcher Höhe sowie für welchen Zweck Fördermittel bereits beantragt oder zugesagt wurden.

B.8 Antragsverfahren für die Krankenkassenindividuelle Projektförderung


Projektanträge werden grundsätzlich von den jeweils fördernden Krankenkassen und/oder ihren Verbänden angenommen. Die Prüfung der Anträge und die Entscheidungsfindung erfolgen ebenfalls grundsätzlich durch die Krankenkassen oder ihre Verbände. Über eingegangene Förderanträge können sie sich austauschen.

B.8.1 Antragstellung

Die inhaltliche Ausrichtung der Krankenkassenindividuellen Projektförderung durch die einzelnen Krankenkassen und ihre Verbände kann variieren. Damit der Selbsthilfe eine gezielte Antragstellung möglich ist, informieren die Krankenkassen und ihre Verbände rechtzeitig vor Beginn eines neuen Förderjahres

- wo Anträge zu stellen sind,
- über ggf. geltende Antragsfristen,
- über ggf. zu verwendende Antragsformulare,
- über ggf. definierte Förderschwerpunkte.

Antragstellerinnen bzw. Antragsteller sollten sich im Vorfeld einer Antragstellung bei den Krankenkassen oder ihren Verbänden über das Verfahren und eventuelle Förderschwerpunkte informieren.


Mit dem Projektantrag sind die gesamten geplanten Einnahmen und geplanten Ausgaben für das Projekt (Finanzierungsplan) vorzulegen. Im Finanzierungsplan sind die für das Projekt benötigten Fördermittel nachvollziehbar und realistisch darzustellen und zu beziffern.

Projektanträge müssen auf Bundes- und Landesebene folgende Angaben enthalten:

- inhaltliche, strukturelle und methodische Zielsetzungen des Projekts
- Erfolgsindikatoren des Projekts
- Ausführungen, dass das Projekt im Interesse der Mitglieder erfolgt und von diesen inhaltlich mitgetragen wird
- Ausführungen zur Weiterführung des Projektes nach Auslaufen der Finanzierung (Verstetigung),
- weitere Projektbeteiligte und Kooperationspartner
- Projektumfang und Projektdurchführung, Projektumsetzung
- angesprochene Zielgruppe
- Laufzeit des Projekts
Krankenkassenindividuelle Projektförderung

• Kosten des Projekts (detaillierter Finanzierungsplan einschließlich der Benennung des Eigenanteils sowie der eingebrachten Finanzmittel durch weitere Projektbeteiligte)

An die Inhalte und die Durchführung von Projekten können auf den verschiedenen Förderebenen unterschiedlich hohe Ansprüche an den Fördermittelempfänger gestellt werden. Insbesondere für aufwendigere Maßnahmen auf der Bundes- oder Landesebene sind in Bezug auf Organisation und Abwicklung ggf. andere Voraussetzungen und Qualifikationen zur ordnungsgemäßen Durchführung der Aktivitäten erforderlich. Dies betrifft u. a. die Bereiche Projektplanung und -durchführung, Qualitätssicherung, finanzielle Abwicklung oder geplante Maßnahmen zur Sicherung der Nachhaltigkeit bzw. längerfristiger Effekte der geförderten Maßnahme.


Denkbar ist, dass sich eine Krankenkasse bzw. ein Verband direkt an eine Selbsthilfegruppe, Selbsthilfeorganisation oder Selbsthilfekontaktstelle wendet und ihr Projektinteresse mit dieser klärt.

Antragstellung von Projekten mit bundeslandüberrgreibender Ausrichtung:
• Selbsthilfegruppen, die überörtlich oder bundeslandübergreifend aktiv sind, stellen den bundeslandübergreifenden Projektantrag dort, wo die Gruppe ihren Sitz hat. Die Gruppe hat im Antrag ihren Sitz anzuzeigen.
• Selbsthilfestructuren auf Landesebene, die für mehrere Bundesländer zuständig sind, müssen den bundeslandübergreifenden Projektantrag dort stellen, wo die Selbsthilfeorganisation ihren Sitz hat.
• Selbsthilfestructuren im Bereich der seltenen Erkrankungen, die nicht über Untergliederungen auf Landes- oder Regionalebene verfügen, haben bundeslandübergreifende Projekt-Förderanträge ausschließlich auf der Bundesebene zu stellen.
• Sofern funktionierende Regelungen zur Entgegennahme bundeslandübergreifender Anträge bei den Krankenkassen/-verbänden bestehen, können die entsprechenden Regelungen weiterhin gelten.

B.8.2 Förderfähige Ausgaben
Förderfähig sind Ausgaben, die dem Projekt zugeordnet sind und den unter B.2 genannten Förderzwecken entsprechen. Personalausgaben und Sachausgaben sind nur insoweit förderfähig, als sie nachweislich für das Projekt anfallen.30

B.8.3 Antragsbearbeitung und Mittelvergabe
Bei der Antragstellung sind folgende Hinweise zu beachten:
• Die jeweiligen Antragsfristen sind zu beachten.
• Mit dem Projekt darf erst begonnen werden, wenn ein Bewilligungsschreiben/Bewilligungsbescheid erlassen ist.

30 Reise-, Fahrt- und Übernachtungskosten sind entsprechend den Vorgaben des Bundesreisekostengesetzes bzw. der Landesreisekostengesetze förderfähig.
Ein vorzeitiger Projektbeginn ist möglich, wenn eine vorherige Genehmigung beim Fördermittelgeber eingeholt wurde.

Bewilligungen im Rahmen der krankenkassen-individuellen Projektförderung eröffnen keinen Anspruch auf Förderung im folgenden Haushaltsjahr, vielmehr hängt die Förderhöhe u. a. von der grundsätzlichen Förderfähigkeit des Antragstellers, den verfügbaren Fördermitteln und der Anzahl der Anträge ab.


**B.8.4 Nachweis der Mittelverwendung**

1. Die bestimmungsgemäße, zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel ist in einem Verwendungsnachweis zu belegen. Der Verwendungsnachweis ist von zwei legitimierten Vertreterinnen oder Vertretern des Antragstellers zu belegen.

2. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis und einem Tätigkeitsbericht. In diesem ist insbesondere auf die Zweck- und Zielerreichung (Erfolg) des Projekts einzugehen. Der geforderte Umfang des Tätigkeitsberichts ist der Höhe der Förderung anzupassen.


6. Im Bewilligungsschreiben/Bewilligungsbescheid wird die Frist zur Einreichung des Verwendungsnachweises bekannt gegeben.

**B.8.5 Erstattung (Rückforderung) der Fördermittel**

1. Die Fördermittel sind ganz oder teilweise zurückzuzahlen, soweit das Bewilligungsschreiben/der Bewilligungsbescheid nach den Vorschriften des SGB X (§§ 44 ff.) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkungen für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird oder sonst unwirksam ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn
• die Fördermittel durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurden,
• die Fördermittel nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet werden,
• eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z. B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung durch zusätzliche Einnahmen).\footnote{Ermäßigen sich nachträglich die Ausgaben für das Projekt oder erhöhen sich die Einnahmen durch weitere Zuwendungen Dritter, sind die Fördermittel grundsätzlich zu erstatten: bei Vollfinanzierung und Fehlbedarfsfinanzierung in voller Höhe um den in Betracht kommenden Betrag, bei einer Anteilsfinanzierung anteilig.}

Der Fördermittelgeber kann eine Bagatellgrenze festlegen, bis zu der er auf eine Rückzahlung verzichtet.

2. Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, wenn Auflagen nicht erfüllt werden, insbesondere der Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig (siehe B.8.4 Absatz 6) vorgelegt wird sowie Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachgekommen wird.

**B.9 Allgemeine und besondere Nebenbestimmungen**

Inkrafttreten


Anlagen

- Anlage 1: Gesetzestext § 20h SGB V und § 17 SVHV
- Anlage 2: Krankheitsverzeichnis
- Anlage 3: Muster Allgemeine Nebenbestimmungen
- Anlage 4: Musterbelegliste
- Anlage 5: Glossar
- Anlage 6: Weiterführende Informationen
Anhang

Anlage 1: Gesetzestext § 20h SGB V und § 17 SVHV

Gesetzestext § 20h SGB V


(2) Die Krankenkassen und ihre Verbände berücksichtigen im Rahmen der Förderung nach Absatz 1 Satz 1 auch solche digitalen Anwendungen, die den Anforderungen an den Datenschutz entsprechen und die Datensicherheit nach dem Stand der Technik gewährleisten.

(3) Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen beschließt Grundsätze zu den Inhalten der Förderung der Selbsthilfe und zur Verteilung der Fördermittel auf die verschiedenen Förderbereiche. Die in Absatz 1 Satz 2 genannten Vertretungen der Selbsthilfe sind zu beteiligen. Die Förderung kann als Pauschal- und Projektförderung erfolgen.


32 Mit der Gesetzesänderung (TSVG) wurde geregelt, dass „die Wörter „kassenartübergreifende Gemeinschaftsförderung“ durch die Wörter „die kassenartübergreifende Pauschalförderung“ ersetzt“ werden. Dabei handelt es sich um ein gesetzes technisches Versehen. Es muss heißen: „kassenartenübergreifende Pauschalförderung“. 
§ 17 Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV)

Zuwendungen
Anhang

Anlage 2:
Krankheitsverzeichnis

Krankheitsverzeichnis nach § 20h SGB V


Die Förderung der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen nach § 20h SGB V soll in den nachstehend aufgeführten Bereichen erfolgen, ausgenommen Akutkrankheiten:

- Krankheiten des Kreislaufsystems/Herz-Kreislauf-Erkrankungen (z. B. chronische Herzkrankheiten, Infarkt, Schlaganfall, chronisch pulmonale Herzkrankheit)
- Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems, der Gelenke, der Muskeln und des Bindegewebes (z. B. rheumatische Erkrankungen, Morbus Bechterew, Sklerose, Myasthenie, Sklerodermie, Skoliose, Fibromyalgie, Osteoporose, chronische Osteomyelitis)
- Bösartige Neubildungen/Tumorerkrankungen (z. B. Kehlkopf, Haut, Brust, Genitalorgane, Leukämie)
- Allergische und asthmatische Erkrankungen/ Krankheiten des Atmungssystems
- Krankheiten der Verdauungsorgane und des Urogenitaltraktes (z. B. chronische Colitis ulcerosa, Morbus Crohn, chronische Pankreatitis, chronische Nierenerkrankung)
- Lebererkrankungen (z. B. Leberzirrhose)
- Hauterkrankungen/chronische Krankheiten des Hautanhanggebildes und der Unterhaut (z. B. Psoriasis, chronisches atopisches Ekzem, Epidermolysis Bullosa, Lupus erythematoses, Sklerodermie)
- Suchterkrankungen (z. B. Medikamenten-, Alkohol-, Drogenabhängigkeit, Essstörungen: Anorexie und Bulimie)
- Krankheiten des Nervensystems (z. B. Multiple Sklerose, Parkinson, Epilepsie, Hydrocephalus, Chorea Huntington, Muskelatrophie, Muskel dystrophie, Zerebralparese/Lähmungen, Narkolepsie, Schädigungen des zentralen Nervensystems, Minimale Cerebrale Dysfunktion, Alzheimer Krankheit, Hereditäre Ataxie, Guillain-Barré-Syndrom, Stiff-man-Syndrom, Recklinghausensche Krankheit)
- Hirnbeschädigungen (z. B. apallisches Syndrom, Aphasia, Apoplexie, Schädell-Hirn-Verletzungen)
- Endokrine Ernährungs- und Stoffwechsel-krankheiten (z. B. Diabetes mellitus, Zystische Fibrose, Mukoviszidose, Zöliakie, Phenylketonurie, Marfan-Syndrom)
- Krankheiten des Blutes, des Immunsystems/Immundefekte (z. B. Hämophilie, AIDS, HIV-Krankheit, Sarkoidose)
- Krankheiten der Sinnesorgane/Hör- und Sprachbehinderungen (z. B. Tinnitus, Ménière, Schwerhörigkeit, Taubheit, Taubstumme, Gehörschädigungen, Retinitis Pigmentosa, Stottern)
- Infektiöse Krankheiten (z. B. Poliomyelitis/ Kinderlähmung)
- Psychische und Verhaltensstörungen/Psychische Erkrankungen (z. B. psychische und Persönlichkeitsstörungen, Psychosen, Suizidalität, Hyperkinetische Störungen, Angststörungen, Zwangserkrankungen, Autismus, Rett-Syndrom, Depression)
- Angeborene Fehlbildungen/Deformitäten/ Chromosomenanomalien (z. B. Spina bifida, Hydrocephalus, Lippen-, Kiefer- und Gaumenspalte, Down-Syndrom, Turner-Syndrom, Klinefelter-Syndrom, Körperbehinderungen, Kleinwuchs, geistige Behinderungen)
- Chronische Schmerzen
- Organtransplantationen
Anlage 3: Musteranlage
Allgemeine Nebenbestimmungen

Allgemeine Nebenbestimmungen für die Gewährung von Fördermitteln nach § 20h SGB V

Fördermittelempfänger sind verpflichtet, die Allgemeinen Nebenbestimmungen zu beachten. Diese sind Bestandteil des Bewilligungsschreibens/-bescheides, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Anforderung und Verwendung der Fördermittel

1. Die Fördermittel sind zweckgebunden, wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

2. a. für die kassenartenübergreifende Pauschalförderung:
   Der Fördermittelempfänger hat alle eigenen Mittel und Einnahmen, die mit dem Förderzweck zusammenhängen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Einnahmen aus Sponsoring etc.) als Deckungsmittel aller Ausgaben einzusetzen. Sofern Rücklagen bestehen und diese im Antrag nicht als Eigenmittel ausgewiesen werden, ist dies zu begründen.

   b. für die krankenkassenindividuelle Projektförderung:
   Der Fördermittelempfänger hat alle mit dem Förderzweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Einnahmen aus Sponsoring etc.) und seinen Eigenanteil (z. B. aus Mitgliedsbeiträgen, Rücklagen) als Deckungsmittel für alle mit dem Projekt zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen.

3. Für Selbsthilfegruppen:
   Die Selbsthilfegruppe benennt ein nur für die Zwecke der Selbsthilfegruppe gesondertes Konto:
   a. Konto für nicht verbandlich organisierte Selbsthilfegruppen

   b. Konto für Selbsthilfegruppen, die unselbstständig Untergliederungen von rechtsfähigen Bundes- oder Landesverbänden sind
   Diese benennen ein buchhalterisches (Unter-)Konto des Gesamtvereins, dessen Mitglied sie sind, das für die jeweilige Untergliederung angelegt wurde und über das die Selbsthilfegruppe in voller Höhe verfügen kann. Die oder der Kontoverfügungsberechtigte einer unselbstständigen Untergliederung ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Fördermittel ausschließlich für Zwecke der Gruppe unter Berücksichtigung des Leitfadens zur Selbsthilfeförderung verwendet werden.

4. Die Bildung von Rückstellungen ist zulässig, soweit sie gesetzlich (z. B. durch das Handelsgesetzbuch) vorgeschrieben sind.\footnote{4}

5. Der Fördermittelempfänger darf keine vorrangig wirtschaftlichen/kommerziellen Zwecke verfolgen.

\footnote{33 Nr. 4 kann bei Selbsthilfegruppen/niedrigen Förderbeträgen ggf. entfallen.}
Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
6. Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Haushaltsplan/Finanzierungsplan angegebenen Gesamtausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigen sich die Fördermittel. Diese sind auf Anforderung des Fördermittelgebers hin ganz oder teilweise zurückzuerstatten.\textsuperscript{34}

Zur Erfüllung des Förderzwecks beschaffte Gegenstände
7. Der Fördermittelempfänger hat Gegenstände, deren Anschaffungswert 800 Euro (ohne Umsatzsteuer) übersteigt, zu inventarisieren.\textsuperscript{35}

Informations- und Mitteilungspflichten

9. Der Fördermittelempfänger soll auf die Förderung der GKV hinweisen.

10. Der Fördermittelempfänger ist verpflichtet, dem Fördermittelgeber mitzuteilen, wenn
   a. er nach Vorlage des Haushaltsplans/Finanzierungsplans weitere Fördermittel bei anderen Stellen beantragt oder von ihnen erhält,
   b. sich maßgebliche, für die Förderung wichtige Umstände ändern oder wegfallen. Hierzu zählt die Information über maßgebliche Veränderungen des Vorhabens hinsichtlich Finanzierung, Zuwendungszweck, Erfüllung der Auflagen sowie bei Eröffnung oder Beantragung eines Insolvenzverfahrens.

Nachweis der Mittelverwendung
11. Der Verwendungsnachweis ist von zwei legitimierten Vertreterinnen oder Vertretern des Antragstellers zu unterzeichnen.

12. Die Kassen- und Buchführung sind sorgfältig und für den Fördermittelgeber nachvollziehbar zu führen.

   a. Regelhafter Verwendungsnachweis
      Alternativ:
   b. Verwendungsbestätigung (für niedrige Förderbeträge gem. Leitfaden Teil A.8.4 Absatz 4)
      Der Fördermittelempfänger bestätigt, dass die Fördermittel wirtschaftlich, sparsam, zweckentsprechend und ggf. entsprechend der Satzung verwendet wurden.


15. Der Fördermittelempfänger hat alle mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen (Einzelbelege, Verträge etc.) in der Regel sechs Jahre nach Beendigung der Förderung aufzubewahren, sofern nicht aus Rechtsgründen oder aufgrund steuerlicher Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist notwendig

\textsuperscript{34} Nr. 6 gilt nur, soweit die Fördermittel laut Bewilligungsschreiben als Anteilsfinanzierung oder Fehlbedarfsfinanzierung gewährt werden.

\textsuperscript{35} Die Höhe des Betrags kann vom Fördermittelgeber angepasst werden.
ist. Er hat sicherzustellen, dass die Unterlagen insbesondere nach einem Ämterwechsel oder Auflösung der Selbsthilfestruktur für eine Prüfung zur Verfügung stehen.\[^{36}\]

**Erstattung (Rückforderung) der Fördermittel**


17. Die Fördermittel sind ganz oder teilweise zu erstatten, wenn das Bewilligungsschreiben/der Bewilligungsbescheid nach den Vorschriften des SGB X (§ 44 ff.) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkungen für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird oder sonstig unwirksam ist.

**Sonstiges**

18. **Neutralität und Unabhängigkeit:**

   Der Fördermittelempfänger hat die Unabhängigkeit seiner Selbsthilfeaktivitäten von wirtschaftlichen Interessen zu wahren und seine fachliche und politische Arbeit ausschließlich an den Bedürfnissen und Interessen von chronisch kranken und behinderten Menschen und deren Angehörigen auszurichten. In allen Fällen von Zusammenarbeit und Kooperationen, auch ideeller Art, hat er die vollständige Kontrolle über die Inhalte seiner Arbeit, deren Umsetzungen sowie die Verwendung der Fördermittel zu behalten.


   Jegliche Kooperation und Unterstützung durch Wirtschaftsunternehmen (wie z. B. Pharmaunternehmen und Medizinproduktehersteller sowie (E-)Tabakprodukt-, Alkohol- und Glücksspielindustrie) ist transparent zu gestalten.


\[^{36}\] Für Selbsthilfegruppen können kürzere Aufbewahrungsfristen angesetzt werden.
Selbsthilfeförderung gemäß § 20h SGB V

Nachweis über die Verwendung der Projektfördermittel für das Förderjahr ____

Empfängerin bzw. Empfänger der Fördermittel (Name und Anschrift der Selbsthilfegruppe, -organisation, -kontaktstelle)

Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner bei eventuellen Rückfragen (Name): __________________________________________________________________________

Telefon: __________________________________________________________________________

Bewilligungsschreiben vom: __________________________________________________________________________

Geschäftszeichen: __________________________________________________________________________

Beitrag: __________________________________________________________________________ Euro

Verwendungszweck (Projekt):

___________________________________________________________________________

___________________________________________________________________________

Muster-Belegliste (als Anlage zum Verwendungsnachweis)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>02.02.2012</td>
<td>Reisekosten</td>
<td>Fahrtkosten München-Berlin, 05.09. - 07.09.12, Projektplanung</td>
<td>132,00</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Summe:
### Anlage 5: Glossar

<table>
<thead>
<tr>
<th>Begriff</th>
<th>Definition</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Analoge Angebote</strong></td>
<td>Analoge Angebote in der Selbsthilfearbeit zeichnen sich durch persönliche Präsenz und Begegnung der Teilnehmenden (z. B. Gruppentreffen, Schulungen, Vortragsveranstaltungen) aus.</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Beleg</strong></td>
<td>Unterlagen, die die Richtigkeit einer Ausgabe belegen, z. B. Quittungen, Rechnungen, Postanweisungs- oder Zahlkartenabschnitte.</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Bewilligungsschreiben</strong></td>
<td>Oberbegriff für das Schreiben, mit dem der Fördermittelgeber die Bewilligung der Fördermittel zusagt.</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Bewilligungsbescheid</strong></td>
<td>Bewilligungsschreiben, sofern dieses durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts erlassen wird und damit einem Verwaltungsakt entspricht.</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Digitale Angebote</strong></td>
<td>Digitale Angebote sind Angebote, die von den Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen auf der Basis digitaler Anwendungen für die Nutzerinnen und Nutzer vorgehalten werden.</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Digitale Gesundheitsanwendungen</strong></td>
<td>Gemäß gesetzlicher Grundlage (§ 33a SGB V) handelt es sich dabei um „Medizinprodukte niedriger Risikoklassen, deren Hauptfunktion wesentlich auf digitalen Technologien beruht und die dazu bestimmt (sind), bei den Versicherten oder in der Versorgung durch Leistungserbringer die Erkennung, Überwachung, Behandlung oder Linderung von Krankheiten oder die Erkennung, Behandlung, Linderung oder Kompensierung von Verletzungen oder Behinderungen zu unterstützen.“ Beispielhaft zählen hierzu u. a. elektronische Patiententagebücher für Diabetiker oder Psoriasiserkrankte, Apps zur Früherkennung von Essstörungen oder auch elektronische Medikationspläne.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
| **Finanzierungsart** | Bezeichnet die unterschiedlichen Arten der Finanzierung. Unterschieden werden:  
- Anteilsfinanzierung  
- Festbetragsfinanzierung  
- Fehlbedarfsfinanzierung |
### Finanzierungsplan
Summarische Aufstellung von geplanten Ausgaben sowie geplanten Einnahmen für ein bestimmtes Projekt. Der Finanzierungsplan ist Teil des Projektantrags.

Vgl. im Unterschied dazu:
- Haushaltsplan (Pauschalförderung)

### Förderart
Bezeichnet die Art, wie die Förderung erfolgt. Der Leitfaden unterscheidet zwischen:

- a. Kassenartenübergreifende Pauschalförderung als institutionelle Bezuschussung i. S. einer Basisfinanzierung (Teil A des Leitfadens)
- b. Krankenkassenindividuelle Projektförderung für einzelne, zeitlich abgegrenzte Maßnahmen (Teil B des Leitfadens)

### Gesundheitsbezogene Selbsthilfe
Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen, die einen engen Bezug zu medizinischen Erfordernissen haben und sich an den Krankheitsbildern des Krankheitsverzeichnisses orientieren.

Im Rahmen des § 20h SGB V ist nur die gesundheitsbezogene Selbsthilfe förderfähig, in Abgrenzung zur Sozialen Selbsthilfe.

### Haushaltsplan
Summarische Aufstellung der gesamten geplanten Einnahmen und der geplanten Ausgaben einer Selbsthilfegruppe, -kontaktstelle oder -organisation im Rahmen der Pauschalförderung.

Vgl. im Unterschied dazu:
- Finanzierungsplan (Projektförderung)

### Kassenartenübergreifende Pauschalförderung
Gemeinsame Förderung durch die gesetzlichen Krankenkassen und ihre Verbände, in die mindestens 70 % der gesetzlich zur Verfügung stehenden Fördermittel fließen.

### KJ 1

### KM 6

### Krankenkassen-individuelle Projektförderung
Selbsthilfeförderung, die von den jeweiligen Krankenkassen verantwortet wird und in die max. 30 % der gesetzlich vorgesehenen Fördermittel fließen.

### Krankheitsverzeichnis
<table>
<thead>
<tr>
<th><strong>Rechtsanspruch</strong></th>
<th>Empfängerinnen und Empfänger von Fördermitteln nach § 20h SGB V haben keinen Rechtsanspruch auf Förderung, da es hierzu keine gesetzliche Anspruchsgrundlage gibt. Es besteht aber ein Anspruch auf ermessensfehlerfreie Prüfung des Antrags.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Restmittel</strong></td>
<td>Als Restmittel werden Fördermittel aus der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung bezeichnet, die im laufenden Förderjahr nicht verausgabt werden und die in das Folgejahr übertragen werden. Sie verbleiben damit bei den jeweiligen GKV-Gemeinschaftsförderungen (siehe A.1.4).</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rücklagen</strong></td>
<td>Unter Rücklagen werden Reserven in Form von Eigenkapital verstanden.</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rückstellungen</strong></td>
<td>„Rückstellungen sind nach Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden.“ (Quelle: Gablers Wirtschaftslexikon)</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Selbsthilfeorganisation</strong></td>
<td>Gesundheitsbezogene Zusammenschlüsse von Selbsthilfegruppen auf Landes- oder Bundesebene, die auf bestimmte Krankheiten oder Krankheitsfolgen ausgerichtet sind und die im Vergleich zu Selbsthilfegruppen meist größere Mitgliederzahlen aufweisen (siehe A.2.1 und A.5.2 des Leitfadens).</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Selbsthilfekontaktstelle</strong></td>
<td>Selbsthilfekontaktstellen arbeiten als örtlich, landesweit oder bundesweit ausgerichtete professionelle Beratungseinrichtungen mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen (s. A.2.3. und A.5.4. des Leitfadens).</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Soziale Selbsthilfe</strong></td>
<td>Selbsthilfestrukturen oder -aktivitäten, die dem psychosozialen, dem sozialen Sektor oder dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zuzurechnen sind (Familie/Partnerschaft/Alter/Nachbarschaft/Kultur/Lebensführung/Lebenskrise/besondere soziale Situation usw.). Die soziale Selbsthilfe ist nach § 20h SGB V nicht förderfähig.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
## Anlage 6: Weiterführende Informationen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Internetadresse</th>
<th>Inhalte</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><a href="http://www.gkv-spitzenverband.de/selbsthilfe">www.gkv-spitzenverband.de/selbsthilfe</a></td>
<td>▶ Aktuelle Fassung des „Leitfadens zur Selbsthilfeförderung”&lt;br&gt;▶ Liste der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die krankenkassenindividuelle Projektförderung auf Bundesebene&lt;br&gt;▶ Liste der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die kassenartenübergreifende Pauschalförderung auf Bundesebene und in den Bundesländern</td>
</tr>
<tr>
<td><a href="http://www.aok-selbsthilfe.de">www.aok-selbsthilfe.de</a></td>
<td>▶ Informationen zur Selbsthilfeförderung der AOK auf Bundesebene</td>
</tr>
<tr>
<td><a href="http://www.aok.de">www.aok.de</a></td>
<td>▶ Informationen zur Selbsthilfeförderung der AOKs in einzelnen Bundesländern</td>
</tr>
<tr>
<td><a href="http://www.barmer.de/selbsthilfe">www.barmer.de/selbsthilfe</a></td>
<td>▶ Informationen der BARMER zur Selbsthilfeförderung</td>
</tr>
<tr>
<td><a href="http://www.bkk-dv.de/selbsthilfe">www.bkk-dv.de/selbsthilfe</a></td>
<td>▶ Informationen des BKK Dachverbandes zur Selbsthilfeförderung</td>
</tr>
<tr>
<td><a href="http://www.vdek.com/selbsthilfe">www.vdek.com/selbsthilfe</a></td>
<td>Informationen zur Selbsthilfeförderung durch die „GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe auf Bundesebene“ (u. a. Gemeinsames Rundschreiben, Formulare)&lt;br&gt;▶ Informationen zur Selbsthilfeförderung des vdek in den einzelnen Bundesländern&lt;br&gt;▶ Informationen zur Selbsthilfeförderung durch die Ersatzkassen (Projektförderung, Formulare)&lt;br&gt;▶ Veröffentlichung der jährlich verausgabten Fördermittel an Selbsthilfeorganisationen auf Bundesebene&lt;br&gt;▶ Veröffentlichung der Pauschalförderungen in den Ländern</td>
</tr>
<tr>
<td><a href="http://www.knappschaft.de/DE/LeistungenGesundheit/BeiKrankheit/Selbsthilfefoerderung/Selbsthilfefoerderung.html">www.knappschaft.de/DE/LeistungenGesundheit/BeiKrankheit/Selbsthilfefoerderung/Selbsthilfefoerderung.html</a></td>
<td>▶ Informationen der KNAPPSCHAFT zur Selbsthilfeförderung</td>
</tr>
</tbody>
</table>